

Wir in Westend

Mai / Juni 2005

Sehr geehrte Damen und Herren !

Sie halten die neuste Ausgabe vom ‚Wir in Westend‘ in den Händen.

Es handelt sich um eine Publikation der CDU Westend. Falls Sie fragen oder Wünsche haben sollten, zögern Sie nicht, Kontakt zu uns aufzunehmen. Wir stehen ihnen unter den Telefonnummern

341 35 34

oder

90 29 14 906

oder per eMail

info@cdu-westend.de

gerne zur Verfügung.

Wir können zu Recht für uns in Anspruch nehmen, daß wir die Westend-Partei sind und ihre Interessen im Bezirk wie im Land am besten vertreten können.

Es gibt viele Probleme in Westend, die der rot-rote Senat oder die rot-grüne Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung zu verantworten hat:

- **Schließung des einzigen Jugendfreizeithaus**
- **Schließung von fünf Kindertagesstätten**
- **Fehlende Sanierung von Sportanlagen wie in der Glockenturmstraße**
- **drohender Abriß des ICC**
- **Einführung der Parkraumbewirtschaftung in der Reichsstraße**
- **Umbau des Kaiserdamms**
- **Einführung einer neuen Abgabe in Form des Straßenausbaubeitragsgesetzes**

Kommen Sie zu uns, damit wir diese Probleme gemeinsam angehen können.

Ihr

Andreas Statzkowski
CDU Westend

UND DIE SPD HAT NICHTS DAZUGELERNT !

SPD beantragt drastische Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf hat einen Antrag eingebracht, (Drucksachen-Nummer 1451/2) indem das Bezirksamt aufgefordert wird, die Parkraumbewirtschaftung im Bezirk entsprechend des von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung herausgegebenen „Leitfaden Parkraumbewirtschaftung“ stufenweise auszudehnen.

In einer Karte der Senatsverwaltung wird deutlich, dass das ungefähr einer Verdopplung der Parkraumbewirtschaftung gleichkommt. In Gesprächen der CDU-Fraktion mit den Vertretern Charlottenburg-Wilmersdorfer Einkaufsstraßen und in den Ausschußberatungen der letzten Monate über die zeitliche Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung wurde bereits deutlich, daß die Gewerbetreibenden des Bezirks darin eine erhebliche Benachteiligung und Verschlechterung des Wirtschaftsstandorts des Citybezirks sehen.

Es ist noch nicht allzu lange her, dass alle im Bundestag vertretenen Fraktionen die Worte des Bundespräsidenten nach dem notwendigen Vorrang arbeitsmarktpolitischer Impulse lauthals zugestimmt haben. In der praktischen Politik vor Ort passiert das Gegenteil.

Die beabsichtigte räumliche Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung würde auch die Einführung der Parkraumbewirtschaftung für die Reichsstraße bedeuten. Mitte der neunziger Jahre war ein Vorstoß der grünen Baustadträtin am erbitterten Widerstand der Westender Bevölkerung und Gewerbetreibenden gescheitert. Am Ende der damaligen Diskussion entzog die damalige SPD-Fraktion ihre Zustimmung zu den Plänen, nachdem sie unter einem erheblichen öffentlichen Druck geriet.

Auch finanziell würde sich eine Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf Westend für den Bezirk nicht auszahlen, da die Überwachungskosten deutlich höher wären als die möglichen Einnahmen durch die zuständige Bauabteilung.

Offensichtlich hat die SPD-Fraktion aus den damaligen Vorgängen nichts dazugelernt. Die CDU-Fraktion hat damals die Pläne abgelehnt und wird auch die Ausdehnung ablehnen. Die bisher praktizierte Form der Parkraumbewirtschaftung in der Reichsstraße mittels der Parkscheibe hat sich eindeutig bewährt.

Jugendfreizeitheime werden geschlossen – aber Kaiserdamm soll umgebaut werden!

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag (Drucksachennummer 1452/2) in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, in dem das Bezirksamt aufgefordert werden soll, einen Umbau des Straßenzuges Bismarckstraße/ Kaiserdamm zu prüfen. Kern des Antrags ist die Forderung nach jeweiliger Verringerung um eine Fahrspur pro Richtung.

Anstatt froh darüber zu sein, daß wir insbesondere nach der Wiedervereinigung und der Umsiedlung der Bundesregierung aufnahmefähige Hauptstraßen haben, fordert die SPD die Verschmälerung eines der wichtigsten Berliner Ost-West-Verbindungen.

Mit der Begründung, daß man Geld sparen müßte, wurden im letzten Jahre diverse Jugendfreizeitheime geschlossen, darunter auch das einzige Jugendfreizeitheim Westends in der Soorstraße. Jetzt fordert die gleiche Fraktion einen völlig unnötigen Umbau einer funktionierenden Hauptstraße.

Diese Forderung ist nicht nur unsinnig, sondern entlarvt darüber hinaus eine unsoziale Kommunalpolitik der SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf: SPD bedeutet Umbau von Straßen vor Erhalt von Jugendfreizeiteinrichtungen.

Das ICC darf nicht abgerissen werden

Die CDU-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich nachdrücklich für den Erhalt des ICC als Messe- und Veranstaltungsort ein.

Immer wieder wird in Senatskreisen darüber nachgedacht, das ICC wegen der erheblichen Unterhaltungskosten abbrechen zu lassen. Dabei wird offensichtlich übersehen, daß mit Veranstaltungen im ICC, und dem daran angeschlossenen Messegelände, erheblich Kaufkraft in Berlin gebunden wird. Über Jahre hinweg ist die Durchführung notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen unterlassen worden. Das ICC hat vor 25 Jahren 500 Mio. DM Baukosten verursacht, dieses Geld wäre verloren, würde das Gebäude jetzt abgebrochen werden. Unberücksichtigt bleibt bei der Abrißdiskussion ferner, daß das ICC bis 2009 für Messen und Veranstaltungen ausgebucht ist. Allein daran zeigt sich, welche große Beliebtheit sich das ICC bei Messeveranstaltern und anderen Nutzern erfreut.

Dazu der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion:

Die für den Kongreßstandort Berlin schädliche und in der Sache unsinnige Abbruchdiskussion muß beendet werden. Es kann nicht angehen, daß der Berliner Senat über den Abriß des ICC diskutiert, während dieses gerade erst mit dem renommierten World Trade Aard 2004 als weltweit führendes Konferenzzentrum ausgezeichnet wurde. Damit hat das ICC die Konkurrenz aus Hongkong, Chicago, London, Dubai oder Las Vegas hinter sich gelassen. Daß der Senat den Abriß des ICC unter diesen Bedingungen überhaupt nur in Erwägung zieht, zeigt wieder einmal deutlich, auf welchem kleingeistigen Niveau sich die Berliner Hauptstadtpolitik derzeit befindet.

Aus diesem Grunde muß ernsthaft geprüft werden, das ICC als Architekturausdruck der 70er Jahre und als letztes großes „West-Berliner“-Bauwerk unter Schutz zu stellen, um so dieses Gebäude als Teil des Berliner Messestandortes zu erhalten.

Im Übrigen muß man sich nicht vormachen, daß nach einem erfolgten Abriß des ICC umgehend mit dem Bau eines neuen Kongreßzentrums begonnen würde. Wenn der Senat noch nicht einmal das Geld für die Instandhaltung des ICC aufbringen will oder kann, wird er schon gar kein Geld für den Bau eines neuen Kongreßgebäudes an gleicher Stelle aufbringen. Was bleibt, wäre auf Jahre hinaus eine weitere häßliche Baulücke im City-Bezirk Berlins.

Wir wollen keine Brache, die sich vom Messedamm bis zum Kaiserdamm erstreckt. Vielmehr ist uns der Erhalt des Messestandortes, bei dem das ICC eine entscheidende Rolle spielt, wichtig.

Veranstaltungshinweis:

60 Jahre und ein Tag - die CDU Deutschlands

Am 17. Juni um 17 Uhr wird dazu eine Feierstunde in der Platanenallee Nr. 11 stattfinden.

Gäste sind u. a.:

Ingo Schmitt, MdEP (designierter Landesvorsitzender der Berliner CDU)

Klaus-Dieter Gröhler (Stellvertretender Bezirksbürgermeister)

Andreas Statzkowski (CDU-Fraktionsvorsitzender in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Haben Sie Interesse, die Arbeit der Christlich Demokratischen Union zu unterstützen?

Durch Ihre Mitgliedschaft helfen Sie uns bei der Arbeit und können außerdem Gleichgesinnte treffen! Für nähere Informationen senden Sie bitte diesen Coupon ausgefüllt an die untenstehende Adresse.

Name: _____ Straße, HsNr: _____

PLZ: _____ Ort: _____ Telefon: _____